

Zuwanderung als Herausforderung

Saarländischer Ministerpräsident Peter Müller referierte über Asylrecht und Immigrationspolitik

Politisches Handeln muss sich an den realen Fakten orientieren. Dieser dem Gedankengut demokratischer Rechtsstaatlichkeit zugrunde liegender Grundsatz trifft in besonderem Maße auf die Einwanderungs-, Integrations- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zu. Die gegenwärtige Situation in Europa und in Deutschland wird von massiven Zuwanderungsströmen geprägt, die der Gesellschaft einen in immer stärkerer Maße multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Charakter verleihen. Auf dem Spiel stehen bedeutsame soziopolitische und ethische Begriffe wie: „Nation“, „Integration“, „Identität“, „Recht des Einzelnen“, „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, „Staatsangehörigkeit“.

Einwanderungs- und Asylpolitik in Deutschland und Europa, so lautete das Thema des Vortrags von Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes, vor den zahlreich erschienenen Mitgliedern des CDU-CSU-Freundeskreises Luxemburg, am Mittwoch in der Saal Mansfeld der Nationalbibliothek in Luxemburg. Unter den zahlreichen Zuhörern konnte Jan Kilb, Vorsitzender des CDU-CSU-Freundeskreises Luxemburg, Frauen- und Familienministerin Marie-Josée Jacobs, Arbeitsminister François Biltgen, Claude Wiseler, Abgeordneter und Schöffe der Stadt Luxemburg, Horst Pankowski, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg, Professor Friedman, ehemaliges Mitglied des europäischen Rechnungshofes, sowie zahlreiche Botschaftsangehörige und Mitarbeiter begrüßen.

Deutschland, ein Einwanderungsland

Zum Thema Zuwanderung, einem vielfach tabutisierten und im



Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlands

breiten Spektrum der politischen Meinungsbildung kontrovers geführten Diskussionsthema, so Ministerpräsident Peter Müller, habe die CDU ein klar abgestimmtes Konzept vorgelegt, welches dem Tatbestand der gezielten Steuerung der Zuwanderströme unter humanitären Gesichtspunkten Rechnung trage. Zuwanderung könne jedoch nicht unbegrenzt stattfinden. Die BRD, als typisches Einwanderungsland, habe mehr Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufgenommen als die anderen europäischen Länder insgesamt. Kritische Äußerungen des Europarates über angebliche Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, so der Ministerpräsident, seien völlig haltlos und maßlos überzogen. Zu Unrecht werde die BRD auf die Anklagebank gesetzt. Zuwanderung und Integration, so Peter Müller, gehören zusammen.

Keine Umgestaltung des Asylrechts

Humanität ist nicht quotierbar. Deshalb werde es mit der Union keine Umgestaltung des Asylrechts geben. Aus der Sicht der christdemokratischen Union sei die Ausweitung des Asylrechts das falsche Signal und äußerst kontraproduktiv. Das „Süssmuth-Konzept“ enthalte keinerlei gesetzliche Grundlagen zur Bekämpfung von Missbräuchen beim Asylrecht. Des Weiteren sei die Zielvorgabe des Richtlinienentwurfs der Kommission in Sachen Asylrecht für die Union nicht akzeptabel, da er den Kernbestand des Asylrechts aushebe und im Endeffekt zu einem sprunghaften Anstieg der Asylanten führen würde. Von der Bundesregierung erwarte man eine klare, unmissverständliche Haltung.

Mit aller Entschiedenheit wandte sich der saarländische Ministerpräsident gegen eine quotenmäßige Verteilung der Flüchtlinge. Einzahlungen in einen zu schaffenden Flüchtlingsfonds würden in erster Linie die Nettozahler in der europäischen Union belasten. Ein klares Wort werde von der Bundesregierung in dieser Frage erwartet.

Als nicht akzeptabel bezeichnete der Redner den von der „Süssmuth-Kommission“ gemachten Vorschlag der Erweiterung auf gleichgeschlechtliche Ehen sowie die Änderung des Familiennachzugsalters. Dies würde zu einer sechsstelligen Zuwanderungsrate pro Jahr führen.

Dramatische demographische Entwicklung

Zuwanderung und Integration müssen in den Gesamtkontext der demographischen Entwicklung gestellt werden, so der Referent im weiteren Verlauf seiner Aus-

führungen. „Wir stehen vor einer dramatischen Entwicklung.“ Mit einer Reproduktionsziffer von 1,3 Kindern, gegenüber 1,8 Kinder in Luxemburg, liege die BRD deutlich unter dem Regenerationskoeffizienten von 2,1. Bei anhaltendem Trend des stetigen Anwachsens der älteren Bevölkerungsschichten kämen im Jahr 2050 auf 100 Beitragszahler der sozialen Sicherheitssysteme 90 Leistungsempfänger, eine unzumutbare Belastung der nach dem Umlageverfahren ausgerichteten Renten- und Pensionssysteme. Durch Zuwanderung, so Peter Müller, sei das demographische Problem nicht zu lösen. Ein jährlicher Bruttozuwachs von einer Million Menschen wäre nicht zu verkraften. Entscheidend für das Reproduktionsverhalten sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Übergang zur „Einkindfamilie“, so der Ministerpräsident, sei schlichthin ein Skandal. Zudem passe sich das Reproduktionsverhalten der Einwanderer demjenigen des Einwanderungslandes an.

Letzter großer Komplex: „Arbeitslosigkeit“. „Wie kommt es, dass in einem Land mit 4 Millionen statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen werden müsse? Über den Weg einer verbesserten Bildungspolitik und beruflichen Ausbildung müssten die vorhandenen Potentiale besser ausgeschöpft werden. Im Bereich der gering qualifizierten Arbeitskräfte sollte nur begrenzte Zuwanderung zugelassen werden. Das von der Bundesregierung so hochgelobte „Green-Card-System“ habe nicht gefruchtet. Im Gegensatz zum „Süssmuth-Konzept“ stelle es keine verhandlungsfähige Grundlage für die Union dar.

Integration, so Peter Müller im Schlussteil seines hochkarätigen Vortrags, sei nicht nur Aufgabe der Politik, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie setze die Beteiligung aller Akteure des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Umfeldes voraus. Eine wichtige Voraussetzung sei die Bereitschaft zum Erlernen der heimischen Sprache. Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes, Beachtung von Recht und Gesetz, Respekt vor den Traditionen müssten für alle gelten. Diese Werteskala unterscheide sich in wesentlichen Punkten von der Konzeption der Süssmuth-Kommission.

Fazit: Zuwanderung ja, wenn notwendig, nicht unbegrenzt, aber gesteuert, auf der Grundlage von Mindeststandards. Eine einheitliche Strategie seitens der Bundesrepublik sei bis dato nicht zu erkennen. Im Übrigen sei die Berufung von Frau Süssmuth zur Vorsitzenden der Kommission Teil einer Strategie, die Union in die Rolle des Scheiterns zu drängen.

J.A.



Unter den Zuhörern befand sich viel Prominenz

(Photos: Anouk Antony)